



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Mittwoch, 06.12.2017, 17:10 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Standorte zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen - weiteres Verfahren**

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** eröffnet und übernimmt den Vorsitz der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt und des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales. OBM **Spec** informiert über den aktuellen Stand und das weitere Verfahren zum Thema Standorte zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen. Intensiv werde dieses Thema im ersten Quartal 2018 beraten. Im weiteren Verlauf, geprägt vom Bekenntnis zur dezentralen Ansiedlung im ganzen Stadtgebiet, äußern sich die Stadträte **Herrmann, Steinwand-Hebenstreit, Liepins, Weiss, Heer, Kube**, sowie **Burkhardt** zu diesem Thema. Ein detaillierter Beratungsverlauf ist dem Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales und des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt zu entnehmen.

TOP 2 **Kallenberg'sches Gelände - Ergebnis der Überarbeitung des Wettbewerbsentwurfs - mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** eröffnet, im Anschluss an die gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zu TOP 1, die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt und ruft TOP 2 auf.

Frau **Mayer-Dukart** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) informiert über dieses Thema anhand einer Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Sie erinnert an den erfolgten Ideen- und Realisierungswettbewerb. Insbesondere geht sie auf die Überarbeitung des Siegerentwurfes, sowie das weitere Vorgehen ein.

BM **Ilk** dankt für den Vortrag und merkt an, dass durch die Überarbeitung ein deutlicher Qualitätssprung gegeben sei.

Stadtrat **Braumann** sieht das ortsbildprägende Schlüsselgrundstück als Tor in die Stadt. Die Höhenentwicklung sei an dieser Stelle richtig. Die neue Fassadeneinteilung tue gut, ebenso die

Verbesserung der Dachflächen. Er stellt die Frage, was bei der Optimierung verlorengegangen sei. Die hochwertige Materialität sei ein Glücksfall, da dieser Ziegel prägend für die Stadt sei. Hier wolle er den Investoren seinen Dank aussprechen. Positiv sei ebenso die Nutzung der Tiefgaragenplätze für die Öffentlichkeit. Er könne das Vorhaben unterstützen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** merkt an, dass sich die Überarbeitung gelohnt habe. Die Klinkerfassade sei sehr passend. Zum Thema ZOB Planung und Fußgänger-/ Radbrücke wolle sie noch mehr Information.

Die Entwicklung sei hervorragend, so Stadtrat **Juranek**. Die Baumasse und die Höhe sei reduziert worden. Dies sei im Sinne der Investoren ein guter Vorschlag, da die Gesamtmasse nicht wesentlich geringer sei. Städtebaulich habe dies eine gute Wirkung und passe sich hervorragend ein. Er könne hier problemlos mitgehen.

Ebenso lobend äußert sich Stadtrat **Rothacker**. Das präsenste Dach widerspiegelt sich in den gegenüberliegenden Gebäuden, das finde er gut. Anfangs verwirrend sei die Seitenansicht mit den unterschiedlichen Stockwerken aufgrund der Höhenunterschiede gewesen. Er wolle noch wissen, ob die Tiefgaragenstellplätze für die Öffentlichkeit frei seien oder langzeitvermietet. Das Projekt werde unterstützt.

Stadträtin **Burkhardt** sieht insgesamt die Klinkerfassade passend für das Bahnhofsgelände. Sie empfindet es als gut, dass das Thema des Rad- und Fußgängerüberweges weiterverfolgt werde, ebenso dass die Dachfläche verbessert worden sei. Die Reduzierung der Masse sehe sie so nicht. Von der Straßenseite her sehe dies weiterhin sehr massig aus. Die Fassade reiche sehr weit in den Bahnhofsbereich vor. Sie hoffe, dass das Projekt gut in die Gegend passen wird.

Stadtrat **Lettrari** sieht das Projekt als gelungen. Störend empfinde er die Reduzierung der Höhe. Weiter interessiere ihn, wann der Spatenstich erfolge.

Der Spatenstich sei durch die positiven Rückmeldungen in greifbare Nähe gerückt, so **BM Ilk**.

Frau **Mayer-Dukart** geht auf die offenen Fragen ein. Sie habe den Eindruck, dass ein attraktives Konzept vorliege. Die Deckenhöhen seien weiterhin in den gängigen Maßen. Insgesamt sei die Gebäudehöhe um 70 cm reduziert worden. Zusätzlich sei die Traufhöhe an der Ecke Leonberger-/ Solitudestraße reduziert, dies sei aus der Fußgängerperspektive relevant. Die Fuß- und Radbrücke werde im Zuge der ZOB Planung genauer konkretisiert. Man wolle dies im Bezug auf die Radwege genauer untersuchen. Es werden 60 Tiefgaragenplätze öffentlich nutzbar sein. Die Fassade rage nicht in den Bahnhofsbereich hinein und nehme Bezug auf die historische Bebauung. Eine Realisierung sei bis Ende 2019 geplant.

Stadträtin **Moersch** sieht eine deutliche Verbesserung. Die ursprüngliche Planung habe sie nicht überzeugt. Sie wolle wissen, ob eine Bedachung vorgesehen sei. Durchgezogener Klinker bis in das Dach empfinde sie störend. Der Entwurf sei ansonsten sehr gelungen.

Frau **Mayer-Dukart** merkt an, dass der Klinker nicht bis in das Dach durchgezogen werde. Eine detaillierte Planung liege noch nicht vor. Diesbezüglich sei eine Exkursion geplant.

BM Ilk stellt fest, dass der überarbeitete Entwurf im Gremium Anklang gefunden habe und schließt diesen TOP.

Beschluss:

1. Die Laufzeit des Verkehrsverbesserungsvertrages in der Weststadt - Verlängerung der Linie 420 montags bis freitags in der Hauptverkehrszeit von der Haltestelle „Im Waldeck“ bis zum ZOB – wird bis zum 31.12.2019 verlängert.
2. Die Laufzeit des Verkehrsverbesserungsvertrages in Neckarweihingen – vier zusätzliche Fahrtenpaare der Linie 443 montags bis freitags, je nachmittags, zwischen ZOB und der Haltestelle Immanuel-Dornfeld-Straße – wird bis zum 31.07.2019 verlängert.
3. Die Stadt Ludwigsburg wird ermächtigt, mit dem Landratsamt, den Verkehrsunternehmen und weiteren Beteiligten die hierfür erforderlichen Vereinbarungen abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** merkt an, dass zu Ziffer 1 eine Verlängerung bis 31.12.19 vorgesehen sei. Ab 1.1.2018 laufe hier das Linienbündel 7. Abgestimmt auf die Zugehörigkeit der jeweiligen Linienbündel sei bei Ziffer 2 die Linie 443 bis 31.07.2019 befristet.

Stadtrat **Noz** merkt an, dass der Westexpress in der Vorlage erwähnt sei. Die Zielsetzung des interfraktionellen Antrages sei eigentlich gewesen, dass dieser ab 1.1. 2018 laufe. Der Grund für den Westexpress seien die neuen Arbeitsplätze gewesen. Max Mayer, sowie weitere dort ansässige Betriebe haben ihre Bereitschaft zur Beteiligung, auch finanziell, gezeigt. Die Erschließung des Gewerbegebietes mit dem Einsatz neuer Systeme und die Umsetzung sei ein Musterprojekt, so Noz. Er wolle wissen, wie der Stand sei.

Stadträtin **Dr. Knoß** stimme der Verbesserung im ÖPNV zu. Dies sei ein erster Schritt. Weiter wolle sie wissen, ob bereits Zahlen über die Anzahl der Busbenutzer vorliegen und ob dieses Angebot weiter beworben werden müsse.

Die Verbesserung für die Weststadt sei toll, so Stadträtin **Liepins**. Mit dem Weststadtxpress sei auch die Schwieberdingerstrasse einbezogen. Hier müsse überlegt werden, wie dem Bus Vorrang gegeben werden kann. Sie hoffe auf einen guten Vorschlag der Verwaltung. Der Vorschlag zu Neckarweihingen sei gut. Leider erfolge die Umsetzung erst 2020. Sie stelle die Frage, ob die Umsetzung früher erfolgen könne. Die Befahrung des Neubaugebietes im 15 Minuten Takt sehe sie sinnvoll. Zudem habe sie von der LVL erfahren, dass sie nicht mehr die Pflugfelderstrasse befahren wolle. Sie wolle wissen, ob die Route der Weststadtlinie mit der LVL abgesprochen sei.

Stadträtin **Burkhardt** erwähnt lobend die Untersuchungen in der Schwieberdingertraße. Ein BRT Bus für Ludwigsburg finde sie nicht gut, eine Stadtbahn in der Schwieberdingerstraße sehe sie als eine Verbesserung.

Herr **Behnsen** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) geht auf die offenen Fragen ein und zeigt hierzu eine Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Die Prüfung des Westexpresses neige sich dem Ende zu. Vorneweg könne er berichten, dass sich ein praktikabler Weg abzeichne. Der Abschlussbericht werde abgewartet. Zur Frage von Stadträtin Dr. Knoß merkt Herr Behnsen an, dass Plakate und Flyer in den Betrieben ausgelegt worden seien und man habe ein positives Feedback erhalten. Sobald genaue Daten der VVS vorliegen, werden diese mitgeteilt. Weiter geht er auf die Situation in Neckarweihingen und die Perspektiven ein. Lösungen für die Linie zwischen Neckarweihingen und dem Klinikum werden gesucht. Verbesserungen werden ebenso in der Pflugfelderstraße gesucht. Nach dem Personenbeförderungsgesetz stehe es dem Busunternehmer zu eigenmächtig, wenn verkehrlich erforderlich, einen eigenen Weg zu gehen.

Stadtrat **Noz** geht auf die Pflugfelderstraße ein und plädiert für eine Fußgängerampel und 50 km und somit einen sicheren Übergang.

Stadträtin **Liepins** sieht die Situation in der Pflugfelderstraße ebenso nicht für gut. Dies müsse allerdings nochmal diskutiert werden. Für Neckarweihingen wolle sie nochmal nachfragen, ob tatsächlich die Linie 443 an Neckarweihingen vorbeifahre und nur bei Aussteigern aus Marbach angefahren werde.

Herr **Behnsen** bejaht dies. Ab dem neuen Verkehrsvertrag im Jahre 2020 sei dies so. Dafür fahre eine andere Route dieses Gebiet an.

Stadträtin **Liepins** bittet darum, das Neubaugebiet früher an den Stadtverkehr anzubinden.

Stadtrat **Rothacker** bemerkt zur Pflugfelderstraße, dass die Einhaltung von 20 km/h nicht eingehalten werde und dies auch schwer möglich sei.

BM **Ilk** fügt hinzu, dass diese Problematik mit dem Fachbereich Sicherheit und Ordnung zu klären sei und nimmt die Anregungen mit.

Stadträtin **Burkhardt** weist auf den Antrag bezüglich der Fußwegeplanung hin. Beim Fußwegecheck sei die Pflugfelderstraße in der Kritik gewesen. Hier sei ein Fußgängerüberweg vorgeschlagen worden. Sie bittet um eine Vorlage im kommenden Jahr.

Stadträtin **Dr. Knoß** verweist auf ihren Antrag vom 10.3.17. Hier habe sie bereits auf die Empfehlung der Anbringung von Fußspuren hingewiesen.

BM **Ilk** erinnert an das vorliegende Thema und fordert von diesem nicht abzukommen. Verkehrsrechtlich müsse die Problematik Pflugfelderstraße geklärt werden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** ist der Meinung, dass die Regelung in der Pflugfelderstraße funktioniere. Es sei lediglich die Problematik, dass die Autofahrer zu schnell fahren.

BM **Ilk** fordert auf, dass Beiträge lediglich zum Thema erfolgen sollen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** sieht ihren Wortbeitrag zum Thema gehörig.

Daraufhin ruft BM **Ilk** zur Ruhe und ermahnt Stadträtin Steinwand-Hebenstreit. Nachfolgend lässt er über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informiert über den laufenden Planungsstand anhand einer Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Zum Entwurfsbeschluss im Januar 2018 wird eine genaue Kostenberechnung vorgestellt.

Stadtrat **Braumann** stellt den Bezug zur Vorlage 319/16 her und teilt mit, dass er diese Maßnahme, außer dem Brandschutz, damals schon kritisch gesehen habe und werde dieses Thema nochmal mit der Fraktion beraten.

Stadtrat **Juranek** fragt nach, ob die Kosten in Höhe von 480.000,--Euro zusätzlich seien.

Herr **Weißer** bestätigt dies. Dieser Betrag sei zum Teil im Haushalt beim Fachbereich 41 veranschlagt. Der Restbetrag müsse nachgemeldet werden.

Ebenso habe Stadtrat **Rothacker** die damalige Entscheidung kritisch gesehen, insbesondere die Kosten für die Staplergarage. Zudem stellt er die Frage, weshalb nicht eine behindertengerechte Rampe zwischen Bühne und Flur gebaut wurde. Dieses Thema wolle er nochmals diskutieren.

Stadträtin **Burkhardt** gefällt die Planung mit einer guten Nutzung und passe zur übrigen Karlskaserne. Die Kosten seien bei älteren Gebäuden im Allgemeinen höher, zudem sei die Stadtgestaltung in diesem Gebiet zu beachten.

Herr **Weißer** geht auf die offenen Fragen ein. Die Rampe sei diskutiert worden. Die Nutzer der Karlskaserne haben sich für die ebene Fläche mit mehr Stauraum entschieden.

BM **Ilk** stellt die Kenntnisnahme fest und schließt diesen TOP.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Sanierung der drei Lehrsäle in der Hauptfeuerwache im 1. OG mit Projektkosten in Höhe von rd. 495.000 EUR (konsumtiv) inkl. 19% MwSt. (KG 300, 400 und 700). Die Mittel werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2018 zur Verfügung gestellt.
2. Der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft wird ermächtigt, die Lehrsäle mit einer Fläche von insgesamt ca. 330 m² zur zeitweiligen Nutzung ab Juli 2018 dem Landkreis Ludwigsburg kostenfrei zu überlassen. Die Überlassung erfolgt zum Betrieb des Führungsstabes im Falle von Großschadensereignissen und der hierfür notwendigen Übungen.
 Hierzu wird die Verwaltung beauftragt, mit dem Landkreis eine Vereinbarung über eine Kostenübernahme in Höhe von 75 % der Aufwendungen für das Gewerk Elektrotechnik und den dazugehörigen Planungsleistungen, somit rund 150.000 EUR, zu schließen.
3. Der Vergabe der Elektroarbeiten, u.a. zur Ertüchtigung der Elektrotechnik für die Unterbringung des Krisenstabs des Landkreises wird zugestimmt.

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + 15
1.	Elektroarbeiten	Implan-Tech Neustädter Straße 6/2 71404 Korb	140.000 EUR

4. Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für Elektrotechnik (ELT) LPH 8 auf Basis der Kostenberechnung an das Ingenieurbüro Kies, Richard-Wagner-Allee 23, 75179 Pforzheim wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** informiert über dieses Thema. Ein Teil der Kosten werden vom Landratsamt getragen, obwohl die Räume hauptsächlich von der Feuerwehr genutzt werden.

Stadtrat **Noz** will wissen, ob der Kostenübernahme in Höhe von 75% lediglich für die Elektroarbeiten seien. Weiter stellt er die Frage, weshalb hauptsächlich Büros und Handwerker, die nicht in Ludwigsburg ansässig seien, beauftragt werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** will wissen, wie die Lehrsäle belegt seien.

Stadtrat **Juranek** sieht die Lösung für die Feuerwehr, wie auch für den Rettungstab des Landratsamtes für sinnvoll. Man habe eine Synergie für beide Organisationen.

Positive Rückmeldung gibt Stadtrat **Remmele**. Die Renovierung sei erforderlich und sinnvoll und die Räume werden mehrfach genutzt.

BM **Ilk** merkt an, dass Investitionen, insbesondere Brandschutzmaßnahmen, gemacht werden müssen.

Herr **Weißer** geht auf die offenen Fragen ein. Der Landkreis bringe die Medientechnik ein. Die Räume werden multifunktional genutzt. Der Landkreis halte dort jährlich zwei bis drei Übungen ab und im Notfall werde dort ein Krisenstab errichtet. Die Kostenbeteiligung durch das Landratsamt in Höhe von 75% an den Elektrokosten sei insbesondere deshalb, da diese im Wesentlichen für den Krisenstab erforderlich seien.

Stadträtin **Dr. Knoß** stellt die Frage, ob es Überlegungen gegeben habe, die Lehrsäle zu vermieten, da diese nicht ständig genutzt werden. Insbesondere spricht sie den Platzmangel an der Hochschule an.

Stadtrat **Link** bemängelt, dass die weiteren Kosten nicht aufgeschlüsselt vorliegen.

Stadtrat **Noz** informiert, dass die Nutzung der Räume für andere Zwecke nicht genutzt werden können. Die Räume müssen für den Notfall bereitgehalten werden.

Hierzu merkt BM **Ilk** an, dass eine gute Auslastung der Räume durchaus erstrebenswert sei.

Herr **Weißer** fügt hinzu, dass die weiteren Kosten in der Anlage 1 mit den einzelnen Positionen aufgeführt seien. Die Leistungen werden ausgeschrieben. Die Räume müssen im Notfall zur Verfügung stehen und können nicht anderweitig belegt werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** dankt für die sachliche und kompetente Antwort der Verwaltung.

BM **Ilk** lässt abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung (Bau und Technik) für die Umsetzung der Maßnahmen zu erarbeiten und den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Herr **Schroff** (TDL) berichtet über den gestrigen Brand. Der Auslöser sei ein technischer Defekt eines Kleinfahrzeuges gewesen. Der Winterdienst sei nicht gefährdet. Es sei ein Sachschaden, aber kein Personenschaden entstanden. Sein Dank gilt der Feuerwehr für die hervorragende Arbeit.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht auf die Vorlage 365/17 ein und erläutert diese.

Stadtrat **Noz** kann die Mängel nicht nachvollziehen, da das Gebäude nicht alt sei und spricht die Gewährleistung an.

Stadträtin **Liepins** will wissen, aus welchen Haushaltsmitteln das Projekt finanziert werde.

Beton und Salz sei eine schwierige Kombination, so Stadtrat **Juranek**. Irreführend sei der Begriff der Deckenertüchtigung, da es seiner Meinung nach eine Deckenerneuerung sei. Die Maßnahme greife in den Ablauf ein, sei aber notwendig.

Herr **Weißer** merkt an, dass heute ein Grundsatzbeschluss gefasst werde. Die Deckenertüchtigung sei notwendig im Bereich unter dem Gebäude. Ein Deckenersatz im Bereich der freien Tiefgaragenflächen. Das Gebäude sei vor 10 Jahren im oberen Bereich saniert worden, damals seien die Schäden noch nicht so immens gewesen. Die Winterdienstfahrzeuge seien in der Tiefgarage untergebracht. Die Luft sei entsprechend salzhaltig und greife die Decke an. Im jetzigen Haushalt sei bei der TDL eine Planungs- und Baurate eingebracht. Die restlichen Kosten müssten beantragt werden.

BM **Ilk** merkt an, dass der Grundsatzbeschluss ursprünglich zum Oktober 2017 geplant gewesen sei. Aufgrund der vollen Tagesordnungen habe man diese Vorlage zurückgestellt. Die Termine verschieben sich somit um zwei Monate. BM Ilk lässt über die Vorlage abstimmen und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.